
Klaus Zwickel

150 Jahre Gewerkschaften

Beständigkeit und Wandel

Klaus Zwickel, geb. 1939 in Heilbronn, Ausbildung als Werkzeugmacher, wurde 1986 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall. Seit 1993 ist er Vorsitzender der IG Metall.

I.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben ihre Wurzeln nicht vergessen.* Im Gegenteil: Wir bekennen uns mit Stolz als Kinder einer Bewegung, die vor 150 Jahren Freiheit und Einheit in Deutschland verwirklichen wollte. Ich glaube, die demokratische Linke in Deutschland ist die einzige politische Kraft, die zu Recht ein ungebrochenes Verhältnis zur Revolution von 1848 hat. Wir sind uns bewußt, daß ohne diese Bewegung die Entstehung der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien undenkbar gewesen wäre.

Es mag sein, daß der Vorwurf der Untätigkeit oder des Schweigens dann zutrifft, wenn man den politischen Katholizismus oder die Deregulierungsfanatiker in der „Partei der Besserverdienenden“ im Auge hat, denen jede Erinnerung an die liberale Aufbruchstimmung vor 150 Jahren eine unangenehme Last oder eine traumatische Erinnerung ist.

Wenn sich viele gesellschaftliche Gruppierungen, Parteien und politische Lager sehr schwer tun, das Erbe dieser Revolution zu bewahren, so hat das viele Gründe, auf die ich an dieser Stelle und in diesem Rahmen nicht näher eingehen kann. Ich jedenfalls habe vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen um Sozialstaat, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit und Tarifvertragssystem manchmal den Eindruck, als seien hier

* Es ist für mich nicht nachvollziehbar, was den namhaften Historiker Hans-Ulrich Wehler zu dem absurden und abwegigen Vorwurf bewegen hat, Gewerkschaften (und Sozialdemokratie) würden sich angesichts der Revolution von 1848/49 in „dröhnendes Schweigen“ hüllen und hätten ihre Ursprünge in der „Arbeiter-Verbrüderung“ von 1848 ganz und gar vergessen. („Die Zeit“ vom 22.1.1998).

die politischen Kräfte, die so gern das Wort liberal im Munde führen, gerade im Begriff diese Ideale zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte preiszugeben.

Arbeiter und Handwerker waren als Abgeordnete des Parlaments sowohl vor 150 Jahren wie auch heute Ausnahmereisungen. Ein einziger Handwerker war unter die „Nationalvertreter“ gewählt worden, der Schlossermeister Ferdinand Nagele aus dem württembergischen Wahlkreis Backnang-Weinsberg. Er war immerhin Gemeinderat auf Lebenszeit und hat, zeitgenössischen Berichten zufolge, auf Volksversammlungen mitreißend geredet. Von dem schwäbischen Dichter Justinus Kerner soll der Vierzeiler stammen:

„Nicht Doktors, nicht gelehrte Geister!
Wir wählen diesen Schlossermeister.
Er schlag mit Hämmern klein und groß
ganz Deutschland seine Fesseln los!“

II.

Für die Gewerkschaften ist die März-Revolution von 1848 ein geschichtliches Ereignis, das die Deutschen fest in ihrem kollektiven Gedächtnis verankern sollten. Im März 1848 hatten sich Gruppen verschiedenster sozialer Herkunft hinter den Barrikaden versammelt, und der Schlachtruf war, neben „Einheit“, eben auch „Freiheit“.

Die Bewegung des Jahres 1848 war nicht, wie dies immer wieder behauptet wird, eine bürgerliche Revolution, sondern sie war eine Revolution, die auch von nichtbürgerlichen Schichten, etwa der gerade entstehenden Schicht der industriellen Arbeiter und von Handwerksgesellen, getragen, ja an vorderster Front erkämpft werden sollte.

Jene März-Revolution gilt nicht nur als Initialzündung für die auf Partizipation aller, unabhängig von sozialem Prestige, Herkunft und Geschlecht, gerichtete Staatsbürgergesellschaft mit verfassungsrechtlich verbrieften Freiheits- und Mitwirkungsrechten, sondern auch als der Beginn der organisierten Arbeiterbewegung, d.h. der Partei und der Gewerkschaften. Insofern haben die Gewerkschaften ganz besonderen Grund, sich mit der Revolution von 1848 auseinanderzusetzen, um ihr spezielles Erbe zu begutachten.

Die militärische Niederschlagung der Revolution von 1848, die Gründung des Reiches auf französischem Boden unmittelbar nach Beendigung des Krieges gegen die Republik, das Versagen des deutschen Bürgertums durch seinen Verzicht auf die Schaffung demokratischer Freiheitsrechte und andere Entwicklungen mehr haben jenen deutschen Sonderweg begründet, der in der Katastrophe des Jahres 1933 kulminierte.

Anders als etwa in England, wo es schon im 19. Jahrhundert zu Bündnissen zwischen Labour Party und Liberalen kam, bedeutete die deutsche Revolution den Beginn jenes dauerhaften und formenreichen Konflikts zwischen

organisiertem Liberalismus und Sozialdemokratie, der erst mehr als 120 Jahre später im Bündnis zwischen SPD und FDP formal beendet wurde.

Hatten liberale Bürger 1848 noch zusammen mit Handwerkern und Industriearbeitern für Einheit und Freiheit gekämpft, so kam es danach nicht nur zu einer Trennung der gegen die Privilegien des Adels gerichteten Begriffe „Freiheit“ und „Einheit“, sondern auch zur Trennung der sie tragenden Volksbewegung von der Bürgerbewegung.

Franz Mehring bezeichnete fünf Jahre nach der Reichsgründung durch „Blut und Eisen“ die Sozialdemokratie als „nationale Krankheit“ und „die große Kehrseite unserer nationalen Erfolge“. Die Diffamierung als „vaterlandslose Gesellen“ wurde von den Sozialdemokraten zu einer Auszeichnung umgemünzt, so als Wilhelm Liebknecht auf dem Parteitag der Sozialdemokraten 1874 bemerkte: „Der Staat, in dem wir leben, das sog. deutsche Reich - in Wirklichkeit nur ein erweitertes Preußen - ist Klassenstaat in des Wortes vollster Bedeutung ... Wir sind Reichsfeinde, weil wir Feinde des Klassenstaates sind.“

Gewerkschafter und Sozialdemokraten hatten sich nach der Niederschlagung der 48er Revolution und insbesondere nach der Reichsgründung – als das Bürgertum die Freiheit auf dem Altar der Einheit geopfert und schließlich Bismarcks Sozialistengesetz zugestimmt hatte - als die besseren Bürger erwiesen. Genau der gleiche Vorgang wiederholte sich in der Weimarer Republik, als Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sich als Hauptstütze der parlamentarischen Demokratie erwiesen und sich zu guter Letzt auch noch als die besseren Republikaner herausstellten.

III.

Im Februar des Jahres 1848 erschien das „Kommunistische Manifest“, in dem ein deutscher Philosoph und ein deutscher Unternehmer einer treffenden Beschreibung der Gegenwart nahekommen, wenn sie feststellen: „Die Bourgeoisie hat durch die Exploration des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten, nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Produktion und Konsumtion, die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen, werden Gemeingut.“

Unter der Überschrift „Arbeit gestern, Arbeit morgen“ hat Dagmar Deckstein am 7. Februar 1998 in der Süddeutschen Zeitung eine geistreiche Darstellung der „Globalisierung“ des Jahres 1848 geliefert. Auch damals sorgte ein dramatischer Strukturwandel dafür, daß Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in den Manufakturen schneller verschwanden, als neue Arbeitsplätze in der Industrie und im Handel entstanden. Eine technische Revolution, die Elektrizität, neue Verkehrsmittel, neue Produktionstechniken sorgten damals auch für eine - wenn man so will - „Globalisierung“ der Ökonomie.

Im selben Beitrag wird auf die Parallelität der Ereignisse in Deutschland und Frankreich in den Jahren 1848 und 1998 verwiesen. Vor 150 Jahren, als der Kapitalismus seinen Siegeszug begann, „keimte auch das erste soziale Selbstbewußtsein einer sich gewerkschaftlich organisierenden Arbeiterklasse heran, die außer der alten Forderung nach „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ auch ein Recht auf Arbeit eintragte.“ Die Arbeitslosen von heute formieren sich in beiden Ländern zum Protest gegen politische Tatenlosigkeit und soziale Kälte.

IV.

In einem Katalog des badischen Landesmuseums zur Revolution von 1848 fand ich verschiedene Illustrationen, die auf die revolutionären Ereignisse im deutschen Südwesten, in meiner Heimat am Neckar und in Heilbronn verweisen. Da sieht man wie in einer großen Oper des 19. Jahrhunderts verkleidete Revolutionäre: mit Heckerhüten und aufgepflanzten Sensen. Einer hoch zu Roß, andere mit altertümlichen Vorderladern und Seitengewehren, Pistolen im Gürtel, Säbel in der Hand. Trommler, Hornisten und Scharfschützen. Ein erschreckender Anblick der kostümierten Hilflosigkeit. Die Historiker und Archivare haben sich große Mühe gegeben, die angedeuteten Uniformen der Heilbronner Bürgerwehr von 1848 wie eine ernsthafte militärische Formation zu würdigen. Dabei mußte dieser Weg der revolutionären Kriegsspieler in die melodramatische Tragödie führen.

Die Heilbronner Turner zogen am 5. Juni 1849, zusammen mit der Jugendwehr, insgesamt etwa 200 Mann, ins badische Neckargemünd an die dortige Front im republikanischen Verfassungskampf gegen die preußischen Interventionstruppen. Wenige Tage später unterzeichneten über tausend Heilbronner Wehrmänner ein revolutionäres Papier zur Unterstützung der Nationalversammlung. In Stuttgart wurde das wie eine Kriegserklärung aufgefaßt. Drei Regimenter Regierungstruppen zogen gegen Heilbronn, um die Bürgerwehr aufzulösen. Einige ließen sich sofort die Waffen abnehmen, andere verschanzten sich in der Burg Löwenstein. Nach einem Tag war ihr Widerstand gebrochen. Die Bürgerwehr wurde entwaffnet und aufgelöst. Andernorts gab es Tote und Verwundete.

Vor Menschen, die bereit sind, für ihre Ideale alles zu geben, habe ich größten Respekt. Doch ich muß gleichwohl bekennen: Militärklamotten und Kriegsspiel, Bombendrohungen und Attentate sind keine geeigneten Mittel zur Lösung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Probleme. Auch nicht die „allgemeine Volksbewaffnung“, wie sie noch lange in den Programmen der Arbeiterbewegung zu finden war. Ein Sieg der Waffen läßt sich nicht verstetigen, wenn die zivilen Verhältnisse keine dauerhafte friedliche Lösung garantieren. Militärische Siege münden in zivile Niederlagen.

Nationalismus und Militarismus, Chauvinismus und Weltmachtstreben, Rassismus und Völkermord sind die großen Irrtümer und Verbrechen der europäischen Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts, auch die Irrtümer der

Revolutionsgeschichte. Die Gewerkschaften gingen und gehen einen anderen Weg. Ihre nüchterne Losung heißt: Organisation der Arbeit und Arbeit der Organisation.

V.

Besinnen wir uns auf die großen Kräfte und die langen Linien der Geschichte. Wir befinden uns im Übergang zum dritten Jahrtausend noch immer in einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Umwälzung. Aus der ersten industriellen Revolution ist ein sich beschleunigender Prozeß immer neuer technologischer Wandlungen hervorgegangen, die sich kaum noch numerieren lassen und besser als permanente Revolution in Produktion und Dienstleistung, in Wirtschaft und Gesellschaft beschrieben werden. Eine Plateaubildung ist nicht in Sicht, vielmehr eine immer steiler werdende Kurve der Beschleunigung in allen Lebensbereichen. Am Bankschalter wie in der Tiefbaustelle, an der Kasse des Supermarktes wie in den Universitäten, im Hüttenwerk wie in der Möbelfabrik wächst die Angst bis zur Panik, weil jede erfolgreiche Anpassung in Sichtweite einer weiteren, ungleich radikaleren Umwälzung erfolgt. Ein Lohn der Angst ist nicht erkennbar. Die Prämie auf erfolgreiche Anpassung heißt Arbeitslosigkeit im besten Lebensalter. Vernünftige Strategien der Rationalisierung verwandeln sich durch wachsende Beschleunigung in ein Schreckensinstrument der Manager gegen Mitarbeiter und Produzenten. Das alles spiegelt sich an der Börse und auf dem Aktienmarkt in einem grotesken Widerspruch: Wo die Aktien steigen, fallen die Arbeitsplätze, wo die Jobs vernichtet werden, bereichert sich das Kapital in bisher ungekanntem Ausmaß.

VI.

Wir befinden uns weder am Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts noch am Ende der Geschichte, sondern mitten im Umbruch, mitten in einer europäischen Umwälzung, die Revolution genannt werden darf, auch wenn sie sich vernünftigerweise mit friedlichen Mitteln vollzieht. Revolution heißt nicht unbedingt, daß Bauern mit Heugabeln und Brandfackeln die Schlösser stürmen, auch nicht, daß Arbeiter mit Äxten, Kreuzhacken und Eisenstangen auf die Barrikaden gehen, auch nicht, daß Studenten die Rektorate stürmen. Revolution meint die beschleunigte, auf einen kurzen Zeitraum zusammengezogene Umwälzung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Eine erfolgreiche Revolution ist nichts anderes als eine dramatisch beschleunigte Reform aller öffentlichen Verhältnisse und Institutionen nach den Prinzipien der Menschenwürde und Demokratie, nach den Forderungen von Freiheit, Gleichheit und Arbeit. Reaktion bedeutet dagegen die Auflösung aller menschlichen Beziehungen durch strukturelle Gewalt, die Reduktion der menschlichen Substanz der Massen auf das monetäre Minimum.

Gewerkschaften sind Verbände zum Schutz der arbeitenden Menschen und zur Gestaltung menschlicher Beziehungen im Arbeitsprozeß, in Produk-

tions- und Dienstleistungsbetrieben, in Staat und Gesellschaft, in Bildung, Kultur und Wissenschaft, in den sozialen Sicherungssystemen, in der Freiheit und im öffentlichen Raum. Gewerkschaften sind viel mehr als Tarifpartner und Lohnmaschinen. Sie bilden die gesellschaftliche Repräsentanz der arbeitenden Menschen in unserer Gesellschaft. Ihre Kongresse heißen nicht zufällig „Parlament der Arbeit“. Allerdings bildet der Kampf um verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen die unverzichtbare Grundfunktion jedes gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der diesen Namen verdient.

Wegen der zahlreichen Brüche in der deutschen Geschichte leiden viele an einer verkürzten Perspektive. Die Industriegewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund zählen etwa fünfzig Jahre, denn sie mußten nach der Nazidiktatur in neuer Gestalt wiederaufgebaut werden. Das geschah nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Das Gedächtnis der Kolleginnen und Kollegen reicht aber weiter. Wer nach 1945 wieder organisierte, hatte oft Erfahrungen vor 1933 in Organisationen gesammelt, die kurz nach 1890 entstanden waren, als Bismarcks Ausnahmegesetz seine Wirkung verlor. Daher die zahlreichen Hundertjahrfeiern in letzter Zeit. Es ging vor allem um Gründungsdaten von Richtungs- und Industriegewerkschaften, darunter die Industriegewerkschaft Metall, die aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) hervorging. Die erste Gründungswelle datiert aus den Jahren ab 1865. Sie bezieht sich auf kleinere Berufsgewerkschaften der Zigarrenarbeiter, der Buchdrucker, der Schneider, verschiedene Metall- und Bauberufe.

Daß gewerkschaftliche Organisationen in Deutschland noch weiter zurückreichen, ist nur wenig bekannt. Dieses verkürzte Gedächtnis hat vor allem zwei Gründe: Im Jahre 1854 gab es im damaligen Deutschen Bund ein erstes „Sozialistengesetz“, das alle Arbeitervereine, darunter auch die Gewerkschaften, auflöste und verbot. Was nicht erlaubt war, durfte es auch nicht gegeben haben, hieß es in der königlich-preußischen Hofgeschichtsschreibung. Auf der anderen Seite sorgte eine vorherrschende marxistische Geschichtsinterpretation dafür, daß alle vormarxistischen Bestrebungen in der deutschen Arbeiterschaft als utopisch versponnen oder als zünftlerisch abgetan wurden. Was vor dem ersten Band des „Kapital“ von Karl Marx in der Geschichte aufgetreten war, wurde zum größten Teil als unmodern verworfen.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen und die Erosion des dogmatischen Marxismus öffnen den Blick für eine viel weitere und reichere Tradition der Arbeiterorganisationen in Mitteleuropa. In England gab es diese Verengung der Geschichtsbetrachtung gar nicht. Dort wurden die Arbeiterorganisationen im wesentlichen bruchlos als Weiterentwicklung mittelalterlicher Gilden verstanden. Aber auf dem Kontinent war zweimal die Guillotine rigoroser Koalitionsverbote gefallen. Einmal unter dem Siegeszug Napoleons, der überall die Zünfte verbot, wobei nicht nur die alten Zöpfe abgeschnitten, sondern auch die Unterstützungskassen geplündert wurden.

Zum anderen während der Restaurationszeit nach dem Wiener Kongreß von 1815, als die Karlsbader Beschlüsse und zahlreiche Verordnungen das gesamte Organisationswesen der Bürger, Studenten und Arbeiter in die Illegalität, in den Untergrund und ins Asyl trieben.

In den Geschichtsbüchern ist von Deutschland als einer „verspäteten Nation“ die Rede. Dabei hatte das deutsche Volk schon früh bewiesen, daß es sehr wohl an der Spitze des Fortschritts in Europa zu marschieren wußte. Wer das nicht glauben will, der schaue sich das Nürnberger Metallgewerbe an. Die Menschen hatten sich keineswegs verspätet. Sie wurden nur behindert, gegängelt und gebremst. Deutschlands Verspätung wurde künstlich hergestellt. Es handelte sich in Wahrheit um eine brutale Unterdrückung, wobei seit dem 18. Jahrhundert der preußische Militär- und Polizeistaat, später gestützt auf die Mächte der Heiligen Allianz, also auf Österreich und das notorisch reaktionäre Zarenreich, eine verhängnisvolle Rolle spielte.

Die Sozialgeschichte weist immer wieder darauf hin, daß die Industriearbeiterschaft in Mitteleuropa lange eine Minderheit blieb und folglich nicht dieselbe Rolle spielen konnte wie in England oder Frankreich. Immerhin bildeten Handwerksgelesen, Fach-, Industrie- und Landarbeiter gemeinsam stets eine Mehrheit, zumindest eine sehr große soziale Gruppe. Die Industriearbeiter alleine zählten Mitte des 19. Jahrhunderts nach Hunderttausenden und Millionen. Die Zahl der parasitären Fürstehäuser in Deutschland betrug dagegen 34 (in Worten vierunddreißig). Das war die wahre aufgepfropfte Minderheit, von der das Volk sich befreien mußte, um seine politischen Rechte und seine wirtschaftlichen Freiheiten, um seine unveräußerlichen Menschenrechte wieder zu erringen.

VII.

Dem Fahrplan der Revolutionstheorie zufolge mußte es in Deutschland 1848 zunächst eine Revolution mit bürgerlichem Forderungskatalog geben. Aber seit 1832 wurde in Paris mit der roten Fahne gekämpft. Und viele deutsche Arbeiter wanderten in das damalige Mekka der Emanzipation, um an der Seine den Hauch der Freiheit zu atmen und die Botschaft der Menschenrechte aufzunehmen, wobei im Westen der Arbeiter mit gleichem Stolz als „Bürger“ (Citoyen) auftrat wie alle anderen Leute auch. (Exkurs: Alles zusammengenommen flüchteten im 19. Jahrhundert mehr als zwei Millionen Menschen aus politischen Gründen aus Deutschland. Welchen Anteil dieser Aderlaß am sog. deutschen Sonderweg hatte, muß noch untersucht werden. Diese politische Fluchtbewegung ist in Europa ohne Beispiel).

In Deutschland stellten Handwerker, Facharbeiter und einfache Leute den größten Teil der Barrikadenkämpfer vom März 1848. In Wien herrschte ein förmliches Bündnis von Arbeiter-schaft und Studentenschaft. Die hessische Revolution in Wiesbaden wurde von der Bauernschaft getragen. In Mainz und Köln spielte der jeweilige Arbeiterverein eine herausragende Rolle, und

zwar mit der Parole „Freiheit, Gleichheit, Arbeit“. In Schlesien wirkten die Hungeraufstände der Weber nach. In Schleswig-Holstein zogen die Landarbeiter, sogenannte „Insten“, mit in den Kampf. In der Pfalz und in Baden waren es Arbeiter und kleine Landwirte, die den kämpferischen Kern der revolutionären Freischaren bildeten. Die Dresdener Maikämpfe von 1849 gehören in die Vorgeschichte der Maifeierbewegung.

Der Anteil der Arbeiter, die direkt von der Werkbank ins Parlament einzogen, war ähnlich gering wie heutzutage. Welcher Beobachter mit gesundem Menschenverstand wird daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß es 1848 keine nennenswerte Arbeiterbewegung in Deutschland gegeben hätte?

Traditionelle westdeutsche „Geschichtswissenschaftler“ haben die Arbeiterbewegung von 1848 zur „Unterströmung“ erklärt. Wen wundert das? Akademischer Hochmut gegenüber einfachen Leuten ist zählebig. Tatsächlich haben sich in der kurzen Spanne von zwei Revolutionsjahren die vier großen Säulen der modernen Arbeiterbewegung zu beachtlicher Größe entwickelt: die Arbeiterpartei, die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Kulturorganisationen. Wenn es nicht zu der brutalen Unterdrückung durch Militär, Polizei und Justiz gekommen wäre, könnten alle bedeutenden Formationen der deutschen Arbeiterbewegung auf stolze hundertfünfzig Jahre ihrer Geschichte zurückblicken.

VIII.

Kaum hatten die alten Herrschaften die Forderungen des Volkes notgedrungen akzeptiert, da kehrten die Kollegen aus der Emigration in Brüssel und Paris, in Straßburg und Zürich nach Deutschland zurück und machten sich gemeinsam mit den Kollegen im Lande an die organisatorische Arbeit. Die Buchdrucker gingen dabei voran. Sie wurden von der technischen Revolution der Dampfschnellpresse bedrängt und durch die frisch errungene Pressefreiheit beflügelt. Ihre zünftige Organisation, das sogenannte „Postulat“, war schon im 18. Jahrhundert eine reichsweite Organisationsform gewesen und hatte in Orten wie Hamburg oder Leipzig nie vollkommen ausgelöscht werden können. Es gab vernünftige Prinzipale und Verleger, darunter auch Freimaurer wie Brockhaus, die der politischen Revolution und der sozialen Bewegung gewogen waren. Schließlich profitierten sie vom Aufschwung der politischen Publizistik.

Pfingsten 1848 trafen sich im Kurfürstlichen Schloß zu Mainz - es steht noch heute nahe der Rheinbrücke - die gewählten Vertreter von 120000 Kollegen als Delegierte von 141 Orten in ganz Deutschland. Sie berieten vier Tage über Tarife und Organisationsstatuten. Dabei verfolgten sie nicht nur ihre speziellen Interessen, sondern wiesen immer wieder darauf hin, daß sie stellvertretend für die gesamte Arbeiterklasse sprachen. Sie konstituierten gleichsam das erste Parlament der Arbeit in der deutschen Geschichte und nannten sich selbstbewußt auch „Nationalversammlung“.

In einer Petition an die Paulskirchenversammlung im nahen Frankfurt stellten sie ihre programmatischen Forderungen in acht Punkten zusammen, die als ein erstes Grundsatzprogramm deutscher Gewerkschaften gelten können, denn sie sollten „die Arbeiter im allgemeinen betreffen“, also auch Metallarbeiter, Holzarbeiter, Weber, Schneider, Schuhmacher. Sattler, Gerber, Glasbläser, Papiermacher, Steinsetzer, Bergleute, Bauarbeiter. Kutscher, Eisenbahner usw. Die Formulierungen dieser acht Punkte wirken altfränkisch und bedürfen deshalb der Übersetzung in die deutsche Umgangssprache des ausgehenden 20. Jahrhunderts:

1. Sie verlangten im Rahmen der Paulskirchenverfassung die Gründung eines gesamtdeutschen „Arbeiter-Ministeriums“, das paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt werden sollte. Das bedeutet in unserer Sprache die Forderung nach überbetrieblicher paritätischer Mitbestimmung auf der Ebene des deutschen Staates.
2. Abschaffung der Ausnahmegesetze gegen Arbeiter, das heißt Abschaffung aller Einschränkungen des Koalitionsrechtes, damit Streikrecht und Freizügigkeit.
3. Staatliche Regelung der Berufsausbildung, des „Lehrlingswesens“, wie es hieß. Die Zahl der Lehrlinge, die damals noch Lehrgeld zahlten, sollte die Zahl der zu erwartenden Arbeitsplätze nicht übersteigen und auf die wachsende Produktivität durch Maschinenarbeit abgestimmt werden. Lehrlingsorganisationen sollten die Auszubildenden gegen Willkür der Ausbilder (Prügelstrafe) und sittliche Erniedrigung schützen.
4. Rationalisierungsschutz durch Kontrolle des Maschinenwesens mit Berücksichtigung der internationalen Konkurrenz. Die Einführung von Maschinen sollte dem allgemeinen Nutzen, nicht aber der individuellen Bereicherung, dienen.
5. Erlaß eines Gesetzes gegen Schmutzkonkurrenz. Es sollten nur gelernte Kräfte ein Geschäft betreiben dürfen.
6. Aufforderungen an alle Branchen zur Vereinigung, um ihre Löhne festzulegen, also Ausarbeitung und Abschluß von flächendeckenden Tarifverträgen für ganz Deutschland. Dieselben Organisationen sollten das soziale Netz durch Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Witwenkassen knüpfen. Dazu wurde eine staatliche Anschubfinanzierung dieser selbstverwalteten Sicherungssysteme verlangt. In der Konsequenz dieses Punktes lag die Forderung nach einem Tarifvertrags-, einem Gewerkschafts- und einem Hilfskassengesetz.
7. „Anerkennung der Kompetenz des Arbeiters, seine Verhältnisse zu regulieren“. Das bedeutete sowohl Koalitionsrecht als auch Tarifautonomie und Gleichheit im Arbeitsrecht.
8. „Protest der Nationalversammlung an die betreffenden Regierungen gegen Ausweisung und Verfolgung solcher Arbeiter, die sich die Lösung

der Arbeiterfrage zur Aufgabe gemacht“. Das richtete sich zunächst nicht gegen das Ausland, sondern gegen die 37 deutschen Staaten, die bei Streiks mit Vorliebe den Unternehmern durch Ausweisung von Streikführern behilflich waren. In die moderne Zeit übersetzt, bedeutet diese achte Forderung Aufenthaltserlaubnis und Asylrecht für Gewerkschafter und Streikführer innerhalb Deutschlands.

Damals bestand Unsicherheit, wie die Petition in den Gang der parlamentarischen Verhandlungen einzubringen sei. Die Delegierten dachten an die „Arbeiter-Kommission“ - also an den „Ausschuß für Arbeit und Soziales“, um es auf heutige Verhältnisse zu übertragen. An Persönlichkeiten wurden drei Abgeordnete der Linken genannt: Freiherr Ludwig von Reden aus Hannover, der Prinzipal Carl Gustav Schwetzke aus Halle und der Buchhändler Robert Blum aus Leipzig. Die „Parlamentarische Verbindungsstelle“, wie es heute heißen würde, übernahm das Central-Comité der neu geschaffenen Organisation in Frankfurt am Main. Über den weiteren Gang der Verhandlungen im Parlament und seinen Ausschüssen ist leider nichts bekannt, aber die Mainzer Beschlüsse wurden gedruckt und weit verbreitet, so daß sie bis in die Tage Hans Böcklers von Bedeutung waren und in die Verhandlungen mit Konrad Adenauer während der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland einfließen.

Zwei Wochen nach der Pfingsttagung wurde der Elan der revolutionären Entwicklung in Europa brutal gebrochen. In Paris kam es zum Arbeiteraufstand, der sogenannten Juni-Insurrektion. In den verbarrikadierten Arbeitervierteln der französischen Hauptstadt richteten Regierungstruppen ein Blutbad an, das die Massaker vom Platz des Himmlischen Friedens 1989 in Peking mehrfach überstieg. Die Auswirkungen auf Mitteleuropa waren deprimierend. Auswanderung nach Amerika bot revolutionären Kräften wie Friedrich Hecker ein Ventil. Die unerwartet gute Kartoffel- und Getreideernte, drastisch sinkende Lebensmittelpreise, dämpften den Hungerdruck in den ärmsten Schichten und in der arbeitenden Bevölkerung. Fürsten und Militärs rüsteten zur Konterrevolution, wobei sie sich verlässlich auf das konservative Zarenreich als „Hort der Reaktion“ verlassen konnten.

Unterdes bewahrten sich die deutschen Revolutionäre manche Illusionen aus den Märztagen. Real- und Machtpolitik war nicht ihre Stärke. Der unerschrockene Robert Blum reiste in das umzingelte Wien, um die dortigen Kämpfer im Auftrag der Paulskirchenversammlung zumindest moralisch zu unterstützen. Er wurde am 9. November durch einen Peloton österreichischer Militärs in der Brigittenau vor Wien ermordet. Bilder dieser Schandtat schmückten jahrzehntelang die Hausaltäre treuer Anhänger der Freiheit und der Demokratie, der Kämpfer für Wohlstand und Bildung.

IX.

Manchmal habe ich den Eindruck, daß der Bann des 9. November 1848 erst in den Novembertagen 1989 gebrochen wurde. Es dauerte 140 Jahre, bis die

deutsche Arbeiterbewegung wieder unverkrampft an die großen Hoffnungen vom Frühjahr 1848 anknüpfen konnte. Der Klassenkampf war weder der Wunsch noch die Erfindung der Arbeiterschaft. Sie mußte ihn leidvoll von oben erdulden. Die Forderung nach Diktatur des Proletariats erwuchs aus vielen bitteren historischen Erfahrungen. Am Anfang stand nicht der Klassenkampf, sondern der Gedanke eines Bündnisses für Arbeit und Wohlstand in Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde.

Etliche Teilnehmer des Mainzer Kongresses kamen nicht nur im Auftrag ihrer Kollegen, sondern auch mit den guten Wünschen ihrer Prinzipale, wie die Unternehmer damals hießen. Alle waren überzeugt, daß verlässliche flächendeckende Lohntarife nicht nur der Einkommensgerechtigkeit dienen, sondern auch ein wirksames Mittel gegen Schmutzkonzurrenz waren, weil sie für die Vereinheitlichung der Kalkulationsgrundlagen sorgten. Die Mainzer Petition nannte das Bündnis für Arbeit nicht beim Namen, aber ihre Ausführung hätte zu einem Bündnis für Arbeit geführt, und zwar in der Dreiecksbeziehung von Gewerkschaften, Arbeitgeberverband und Regierung bzw. Arbeitsministerium und Gesetzgeber.

Gewiß ist im Abstand von anderthalb Jahrhunderten vieles verändert zu denken. Aber die Bündnisangebote haben sich in vergleichbaren historischen Umbrüchen wiederholt. Ich erinnere insbesondere an das Novemberabkommen von 1918 mit dem Gedanken der Zentralen Arbeitsgemeinschaft (ZAG), aber auch an die Verhandlungen Hans Böcklers mit der Regierung Adenauer. Die Gewerkschaften haben die Lehren der Geschichte nicht vergessen. Aber das Bündnis für Arbeit ist keine Verhandlungsposition, sondern ein Gebot der historischen Vernunft, der Einsicht in die Notwendigkeit. Die Alternative bewegt sich am Rande des Absturzes in die Barbarei, wie wir ihn wiederholt in zwei Jahrhunderten erleben mußten.

X.

„Die Freiheit der Person ist unverletzlich“. „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“.
„Alle Menschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden“.

Der politisch Gebildete wird auf die Frage nach der Herkunft dieser Sätze antworten, sie seien dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom Mai 1949 entnommen.

Dies ist richtig. Die gleichen Sätze finden sich aber auch in der Verfassung des Deutschen Reiches vom März 1849 und vorher bereits im „Gesetz, betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes“ vom Dezember 1848.

An diese demokratischen Traditionen knüpften die Weimarer Nationalversammlung von 1919 und noch stärker der Parlamentarische Rat 1948/49 an.

Kann vor diesem Hintergrund die Revolution von 1848 als gescheitert bezeichnet werden? Ich würde eher von einem späten Triumph sprechen.

Die Irrwege der deutschen Geschichte dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß der soziale und freie Rechtsstaat sehr tiefe Wurzeln in der deutschen Geschichte hat.

Wir Gewerkschafter sind weit davon entfernt, die Revolution von 1848 zum Mythos zu erheben. Aber eines ist gewiß: Es gibt eine besonders enge Verbindung der Revolution mit der deutschen Arbeiterbewegung. Das Jahr 1848 war der entscheidende Gründungsimpuls für die Organisation der Arbeiter.

Die Bewegung der Jahre 1848/49 hat vor allem auch gezeigt, daß entgegen manchen Vorurteilen die Deutschen kein Volk von Befehlsempfängern oder Untertanen sind.

Die Geschichte des deutschen Volkes ist nicht nur eine Geschichte seiner Kaiser und Staatsmänner, seiner Bischöfe und Reformatoren, seiner Philosophen und Dichter, nicht nur eine Folge diplomatischer und kriegerischer Vorgänge. Sie ist vielmehr gleichzeitig und nicht zuletzt Ausdruck eines unzerstörbaren politischen Willens seiner Bürger und ihres nie abreißenden Kampfes um gesellschaftliche und politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit

Zwar gibt es in der deutschen Geschichte mehr Niederlagen als Siege, mehr Blut und Tränen als Jubel und Triumphe, aber der Glaube an Gerechtigkeit, an Brüderlichkeit und Freiheit war nie zu ersticken.

Keine Organisation ist auf persönliche Opferbereitschaft, auf Mut und Engagement so angewiesen wie die Gewerkschaften. Für uns ist dies eine Existenzfrage.

Gewerkschaftliche Gegenmacht beruht nicht zuletzt darauf, daß Zehntausende von Männern und Frauen Tag für Tag bereit sind, in den Betrieben für die Rechte der arbeitenden Menschen einzustehen.

Deshalb ist für Gewerkschafter die Erinnerung an die Ereignisse vor 150 Jahren nicht Ausdruck historischer Nostalgie. Es geht vielmehr darum, im Entscheidungsjahr 1998 neue Kraft zu schöpfen im Kampf um Solidarität und soziale Gerechtigkeit.